



Anhörung im Bayerischen Landtag zur Gemeinsamen Agrarpolitik der EU: Die Zeit ist reif für einen grundlegenden Politikwechsel

München, 05. Juli 2017. Die LVÖ Bayern setzt bei der anstehenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) auf Qualitätsorientierung und die Honorierung öffentlicher Leistungen.

Landwirtschaft und ländliche Räume vor großen Herausforderungen

Am heutigen Mittwoch findet im Bayerischen Landtag eine öffentliche Anhörung zur Weiterentwicklung der GAP nach dem Jahr 2020 statt. Die Sichtweise der Landesvereinigung für den Ökologischen Landbau in Bayern (LVÖ Bayern) bringt Josef Wetzstein, erster Vorsitzender der LVÖ Bayern, als einer der geladenen Expertinnen und Experten in die Diskussion ein.

Für die LVÖ Bayern steht außer Frage, dass die GAP in ihrer bisherigen Ausgestaltung keine adäquaten Lösungen für die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen der Landwirtschaft und der ländlichen Räume in der EU bietet. Dies gilt für die tiefgreifenden ökonomischen Krisen in einigen Sektoren, genauso wie für den anhaltenden Strukturwandel in der Landwirtschaft mit seinen negativen Folgen für bäuerliche Familienbetriebe und die ländlichen Räume sowie für die großen Probleme im Umwelt-, Natur-, Tier- und Klimaschutz.

Öffentliches Geld für öffentliche Güter

Neben Vertretern der Wissenschaft und Organisationen der Zivilgesellschaft hinterfragen auch immer mehr Bürgerinnen und Bürger zu Recht die bisherige Agrarpolitik der EU. „Den Problemen der GAP bei der Erreichung agrarstruktureller, sozialer und ökologischer Ziele und dem damit einhergehenden Akzeptanzverlust der Landwirtschaft kann und muss mit einem grundlegenden Umbau wirksam begegnet werden“, ist sich Josef Wetzstein sicher. Dies gelingt, wenn konsequent öffentliches Geld für öffentliche Leistungen verwendet wird.

Das bisherige System der flächenbezogenen Direktzahlungen in der ersten Säule ist viel zu wenig zielgerichtet, sondern verteilt den Großteil der EU-Agrargelder mit der Gießkanne für die Einhaltung gesetzlicher Mindeststandards. Zukünftig müssen Fördergelder konsequent an den gesellschaftlichen Leistungen der landwirtschaftlichen Betriebe ausgerichtet sein. Hierfür ist ein Mix an Maßnahmen notwendig. Leistungsbasierte pauschalisierte Prämien, vergleichbar mit der Förderung des Ökolandbaus, können dabei durch stark spezifische Maßnahmen, ähnlich den heutigen Vertragsnaturschutzprogrammen, ergänzt werden.



Um die Neuausrichtung sozialverträglich zu gestalten, sollten die jetzigen Direktzahlungen der ersten Säule in der kommenden Förderperiode in eine im Umfang deutlich reduzierte Basisprämie mit agrarstruktureller Komponente (höhere Bezuschussung der ersten Hektare, Degression) überführt werden. Der Großteil der Gelder sollte jedoch bereits nach 2020 für die gezielte Honorierung gesellschaftlicher Leistungen eingesetzt werden.

„Die Herausforderungen für Landwirtschaft und ländliche Räume sind zu drängend, als dass wir noch eine weitere Förderperiode weitermachen könnten wie bisher“, so Josef Wetzstein. „Wir brauchen den grundlegenden Wandel schon ab 2020“.

V.i.S.d.P.: Cordula Rutz

ca. 3.072 Zeichen

Die Landesvereinigung für den ökologischen Landbau in Bayern e.V. (LVÖ Bayern) vertritt als Dachverband der Öko-Verbände Bioland, Naturland, Biokreis und Demeter die Interessen des Ökolandbaus in Bayern. Der Ökolandbau und die Öko-Lebensmittelwirtschaft in Bayern stehen für mehr als 50.000 Beschäftigte, mehr als 3 Milliarden Euro Jahresumsatz, mehr als 8.000 landwirtschaftliche Öko-Betriebe auf rund 250.000 ha Fläche und nahezu 3.000 Öko-Verarbeitungs- und Handelsbetriebe. Mehr Informationen: www.lvoe.de

Belegexemplar erbeten

www.lvoe.de